

IN KÜRZE

Kein russischer Auftritt in Payerne

(sda) · Die «Russian Knights» und ihre Flugzeuge dürfen nicht an der Air 14 in Payerne teilnehmen. Das hat das Verteidigungsdepartement (VBS) in Absprache mit dem Aussendepartement (EDA) entschieden. Ein Auftritt der «Russian Knights» an der Flugschau sei angesichts der Krise in der Ostukraine nicht angemessen, heisst es in einer Mitteilung. Die Ausladung entspreche der bisherigen Linie, im Bereich der militärischen Kontakte mit Russland Zurückhaltung zu üben, auch wenn die Kontaktpflege in Krisenzeiten wichtig sei.

Zahl der Asylgesuche angestiegen

(sda) · In der Schweiz hat die Zahl der Asylgesuche innerhalb eines Monats um rund 30 Prozent zugenommen. Laut dem Bundesamt für Migration wurden im Juli 2911 Gesuche registriert, im Juni waren es noch 2234 gewesen. Rund die Hälfte der Asylgesuche vom Juli wurden von Menschen aus Eritrea eingereicht, 44 Prozent mehr als im Juni. Zum einen steigt generell die Zahl der in Südeuropa ankommenden Bootsflüchtlinge. Zum anderen konnte ein Teil der Gesuche von Eritreern aus dem Vormonat wegen eines Dolmetscher-Engpasses erst im Juli verbucht werden.

Krippenplätze weiter fördern

(sda) · Der Bund soll Kinderkrippen für weitere vier Jahre finanziell unterstützen. Das haben die Bildungscommissionen (WBK) der beiden Parlamentskammern beschlossen. Das mit 15 zu 7 Stimmen verabschiedete Projekt sieht vor, die Schaffung von Kindertagesstätten bis 2019 mit 120 Millionen Franken zu unterstützen. Der Vorentwurf geht auf eine parlamentarische Initiative zurück, die eine Verlängerung des Programms fordert, das Ende 2015 ausläuft.

Umstrittene Tabakwerbung im Netz

(sda) · In der Debatte um das neue Tabakproduktegesetz engagieren sich Gesundheitsorganisationen für schärfere Werbeverbote. Eine unter anderem von Sucht Schweiz präsentierte Studie ortet im Internet neue Werbemöglichkeiten, die – im Gegensatz zu vielen offiziellen Werbe-Sites der Zigarettenindustrie – keine klaren Zugangsbeschränkungen für Minderjährige aufweisen. Erwähnt sind Facebook-Profile sowie auch Youtube-Videos. Allerdings werden diese Präsentationen nicht selten von Rauchern selber und nicht von den Unternehmen placiert.

Ärzte sind geteilter Ansicht

Unsicherheiten und eine Portion Hoffnung bezüglich eines Systemwechsels

Die Ärzte beurteilen den Wechsel zu einer Einheitskasse unterschiedlich. Die einen befürchten mehr staatlichen Dirigismus wegen des Wegfalls von jeglichem Wettbewerb. Andere erhoffen sich mehr Klarheit und weniger Bürokratie.

Claudia Schoch

Unter den Leistungserbringern – Ärzten, Pflegenden, Therapeuten, Spitälern – herrscht über die Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» Uneinigkeit. Eine Online-Umfrage unter den Grund-

EINHEITSKASSE

Eidgenössische Volksabstimmung
vom 28. September 2014

versorgern ergab, wie ihr Verband Hausärzte Schweiz festhält, eine Patt-situation. Je 40 Prozent der Teilnehmer sprachen sich für ein Ja beziehungsweise für ein Nein zur Vorlage aus. 20 Prozent waren für Stimmfreigabe. Der Verband entschied sich für Stimmfreigabe. Auch die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) erklärte wegen geteilter Auffassungen ihrer Mitglieder zur Initiative Stimmfreigabe. Der Verband der Spitäler H+ hingegen fasste die Nein-Parole.

Wettbewerb bringt Vorteile

Ehemalige ärztliche Verbandsfunktionäre finden sich in beiden Lagern. So engagiert sich der frühere FMH-Präsident Jacques de Haller im Ärztekomitee für die öffentliche Krankenkasse. Umgekehrt zählt der ehemalige Präsident der Ärztesellschaft des Kantons Zürich, Walter Grete zu den unter dem Dach der Alliance Santé vereinten Ärzten gegen die Einheitskasse. Unter ihnen finden sich in der Öffentlichkeit bekannte Ärzte wie der Berner Herzchirurg Thierry Carrel oder die politisierenden Ärzte Felix Gutzwiler, FDP-Ständerat aus Zürich, und Ignazio Cassis, FDP-Nationalrat aus dem Tessin und Präsident des Krankenversicherungsverbandes Curafutura. Die Ärzte für die öffentliche Kasse wiederum erhalten Sukkurs vom ehemaligen Tessiner SP-Nationalrat und bekannten

Krebspezialisten Franco Cavalli. Es erstaunt deshalb nicht, dass bei den Leistungserbringern, namentlich bei den Ärzten, die Auswirkungen eines allfälligen Wechsels zu einer Einheitskasse komplett gegensätzlich beurteilt werden. Der Ende Jahr abtretende Präsident der Ärztesellschaft des Kantons Zürich und Mitglied des FMH-Zentralvorstands, Urs Stoffel, verweist darauf, dass sich die Tarifverhandlungen zwischen der Einheitskasse und den Ärzten noch viel schwieriger als heute gestalten dürften. Die gleiche Befürchtung äussert Conrad Engler, Mitglied der Geschäftsleitung von H+.

Beide erwarten, wenn ihnen nur noch eine staatliche Kasse gegenüberstünde, noch häufiger Blockaden bei den Tarifverhandlungen. Als Folge wäre ein Machtwort der Politik – der Regierung beziehungsweise des Departementschefs – und damit mehr Staatsmedizin zu befürchten. Verhandlungslösungen, wie sie heute trotz allen Schwierigkeiten grundsätzlich gesucht werden, könnten bald der Vergangenheit angehören. Einbrüche sind bekanntlich schon erfolgt: So stützt sich Bundesrat Alain Berset auf die subsidiäre Kompetenz bei der Anpassung des Ärztetarifs Tarmed, um die jährlichen Einkommen der Hausärzte um 200 Millionen Franken zu erhöhen und gleichzeitig entsprechende Kürzungen bei den Spezialisten durchzusetzen. Die Verhandlungen der Tarifpartner hatten zuvor zu keinen Ergebnissen geführt.

Sowohl der Vertreter der Ärzte als auch der Sprecher des Spitalverbandes erachten die gegenwärtige Situation mit einer gewissen Konkurrenz zwischen den Versicherungsverbänden Santésuisse und Curafutura in den Tarifverhandlungen klar als Vorteil. Auch schon vor der Gründung von Curafutura, in welcher sich die grossen Krankenversicherer Helsana, CSS sowie KPT und Sanitas vor zwei Jahren gefunden haben, habe es einen gewissen Wettbewerb gegeben, erläutert Engler. Er erinnert daran, dass man damals mit den grossen Versicherungen teilweise separat verhandelt habe. Ähnlich stelle sich die Situation in den Kantonen bei den Verhandlungen über die Taxpunkte beziehungsweise die Preise der Leistungen dar, sagt Stoffel.

Ganz anders beurteilt Jacques de Haller die Bedeutung einer Einheitskasse. Er ist überzeugt, dass eine staat-

liche Kasse Vorteile habe. Er sieht in ihr den Abschluss einer Entwicklung, die mit dem Erlass des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) und dem Versicherungsobligatorium vor bald zwanzig Jahren begonnen hat. Die gegenwärtig rund 60 Kassen seien Überreste des alten Systems. Eine einzige öffentliche Kasse bringe klarere Verhältnisse, etwa bei den Verhandlungen zwischen Leistungserbringern und der Kasse, meint der ehemalige Ärztefunktionär. Eine Situation wie zurzeit bei den Physiotherapeuten, die mit den einen Kassen über eine Tarifvereinbarung verfügen, mit andern aber nicht, gehörte dann der Vergangenheit an. Ein Diktat der Einheitskasse fürchtet er nicht.

Mehr Klarheit bei einer Kasse

De Haller sieht auch einen Vorteil darin, dass bei den Kostengutsprachen für bestimmte Leistungen, beim Übertritt in eine Rehabilitationsklinik oder bei der Kostenübernahme von Off-Label-Medikamenten nur noch eine Kasse entscheidet. Das führe zu mehr Gerechtigkeit. Die Gefahr einer starren unflexiblen Praxis sieht er nicht. Ganz anders beurteilen dies die Gegner einer Einheitskasse. Sie erinnern daran, dass es unter den 60 Kassen merkliche Unterschiede in der Praxis gibt. Das habe positive Auswirkungen. Denn die Versicherten können die Kasse wechseln.

Die Befürworter einer Einheitskasse erwarten ferner bei einem Wechsel weniger Bürokratie. So müssten jeweils nicht mehr unterschiedlichste Formulare der zahlreichen Kassen ausgefüllt werden. Damit allein sei nur wenig gewonnen, meinen die Gegner. Am administrativen Aufwand im Kampf um Kostengutsprachen ändere das gar nichts.

Für Befürworter wie Gegner der Vorlage steht bei einem Wechsel zu einer öffentlichen Kasse einzig und allein fest, dass die Risikoselektion der Kassen (gesunde junge Männer als Versicherte) und die Diskussionen über den Vertragszwang zwischen Kassen und Ärzten keine Themen mehr wären. Im Übrigen berge der Wechsel viele Unsicherheiten. Die Befürworter stützen sich bei ihren positiven Erwartungen zu einem guten Stück auf das Prinzip Hoffnung. So räumte es jedenfalls ein Vertreter des Ärztekomitees für die öffentliche Krankenkasse an seiner Medienkonferenz ein.

Versicherte wollen wählen

Umfrage des Konsumentenforums

For. Bern · Ein zentrales Argument der Nein-Kampagne zur Einheitskasse ist der Verlust der Wahlfreiheit. Jeder müsse bei einer einzigen Kasse versichert sein und sei ihr wahllos ausgeliefert, sagen die Gegner der Initiative. Eine vom liberalen Konsumentenforum (KF) am Dienstag präsentierte Umfrage zeigt, dass dieses Argument in der Bevölkerung auf Resonanz stösst. Für 55 Prozent der Befragten ist die Wahlmöglichkeit zwischen den Krankenkassen wichtig. 58 Prozent gaben an, die Möglichkeit des Kassenwechsels entspreche einem Bedürfnis. Lediglich 16 Prozent antworteten, ihnen sei es nicht wichtig, die Angebote in der Grundversicherung vergleichen zu können.

Höhere Zustimmungsraten erhalten die freie Arztwahl (76 Prozent), die Wahl von Franchisen (74 Prozent) und einem freiwilligen Hausarztmodell (63 Prozent). Dieses alternative Versicherungsmodell stösst bei den über 55-Jährigen auf die höchste Zustimmung, obwohl sie es unterdurchschnittlich oft nutzen. 71 Prozent der Befragten erachten die günstigeren Kinder- und Jugendprämien als gerechtfertigt.

Es fällt auf, dass in der Westschweiz die Wahlfreiheit um jeweils rund 10 Prozentpunkte höher gewichtet wird als in der Deutschschweiz. Daraus lässt sich jedoch keine Ablehnung der Einheitskasse ableiten, denn trotz beklagtem Verlust der Wahlfreiheit könnten für die Befragten die Pro-Argumente überwiegen. Es zeigt aber den Initianten, dass die Abstimmung auch in der als der Initiative gegenüber grundsätzlich freundlich gesinnten Romandie noch nicht gewonnen ist.

Wie jede Umfrage ist auch die vorliegende mit einer gesunden Portion Skepsis zu betrachten. Das Meinungsforschungsinstitut Léger hat für die Studie in der dritten Juli-Woche bei 1100 stimmberechtigten Personen eine Online-Befragung durchgeführt. Ein verzerrender Effekt entsteht dadurch, dass bei solchen Umfragen Leute ohne Zugang zum Internet ausgeschlossen sind. Auch mit der Art der Fragestellung kann die Antwort beeinflusst werden. Laut dem Konsumentenforum ist die Umfrage repräsentativ. Léger habe die Teilnehmer aus einem Pool von mehreren tausend Leuten ausgewählt, sagt KF-Geschäftsführer Michel Rudin. Die Abdeckung von älteren Leuten sei gewährleistet.

«Ich lasse mir meine Behandlung nicht diktieren.»

Die Einheitskasse nimmt uns die Wahlfreiheit und macht uns zu Bittstellern.

www.einheitskasse-nein.ch

Überparteiliches Komitee «Nein zur Einheitskasse», Postfach 6136, CH-3001 Bern



Am 28. September
NEIN
ZUR EINHEITSKASSE